

Calmer Calblatt

Nr. 225.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang

Verlagsgesellschaft: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 60 Pfg. Wochen Nr. 2. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Preis Nr. 3.

Dienstag den 27. September 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Nr. 12.00 vierteljährlich. Bestelungspreis Nr. 12.00 mit Bestellgeb. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Englische und französische Politik. Eine außenpolitische Rede Churchills.

London, 26. Sept. Churchill führte während seiner Rede in Dundee aus England sei genötigt, seine Flotte aufrecht zu erhalten und es könne auf das Mindestmaß militärischer Streitkräfte nicht verzichten, das notwendig sei, um die Ordnung in den britischen Dominions aufrechtzuerhalten. Wenn man den Schwierigkeiten der Nachkriegsperiode entgegen wolle, so müsse ein friedliches Zusammenwirken zwischen den Führern der Nationen bestehen. Es gebe zwei große Gruppen von Organisationen, von denen jede notwendig sei für das Wiederaufleben und die Sicherheit der Welt. Erstens sei notwendig das Zusammenwirken Englands, Frankreichs und Deutschlands, um die Wohlstand Europas wieder aufzubauen, weiter sei notwendig das Zusammenarbeiten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Japans, um neue Betrüfungen zur See zu verhindern und um den Frieden des Stillen Ozeans zu sichern. Churchill jagte, Großbritannien habe eine äußerst wichtige Rolle beim Zustandekommen dieser Kombinationen zu spielen. England müsse jedoch in unbedingter Ehrlichkeit und Billigkeit gegen alle handeln. Das Zusammenwirken Englands, Frankreichs und Deutschlands würde niemals zustandekommen, wenn England mit Deutschland auf Kosten Frankreichs Freundschaft halte. In Gegenteil, nur dadurch, daß England Frankreich sichtbar mache, daß es immer noch sein Freund sei und ein Freund in der Not, werde England die Beziehungen für das Vertrauen Europas schaffen, die es in die Lage versetzen würden, die zwischen Deutschland und Frankreich bestehende Spannung zu mildern und die einseitige gemeinsame Aktion dieser drei Mächte zu fördern, von denen nicht eine einzige ausgeschlossen werden dürfe, wenn Europa seinen früheren Reichtum und seinen früheren Ruhm wiedergewinnen wolle. In gleicher Weise könne England keine friedliche Zukunft im Stillen Ozean sichern oder seinen Beziehungen zur See Einhalt gebieten, wenn es seine wohlerprobte Freundschaft mit Japan beiseite werfe. Es müsse ein größeres Einverständnis zwischen den drei Seemächten des Stillen Ozeans herbeigeführt werden auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und gegenseitigen Vertrauens. Churchill erklärte schließlich, er hege große Hoffnungen auf die Washingtoner Konferenz. Die Konferenz bedeute ein wirksames Eintreten der Vereinigten Staaten in die Verantwortlichkeiten und Schwierigkeiten der Weltpolitik.

Rede des ehem. französischen Finanzministers gegen Deutschland.

Paris, 26. Sept. Heute haben 26 Generalräte ihre Herbsttagung begonnen. Im Generatrat der Somme erklärte der ehemalige Finanzminister Klotz, gegenüber einem Frankreich, das das gemeinsame Heil der Völker habe retten wollen, erbehe sich ein inlatentes Deutschland, das, um sich die Sympathien der Alliierten Frankreichs zu sichern, demokratische Mäuren annehme und den Ruin vorschle, während seine ganze Tradition sich auf eine militärische Revanche richte. Seine Bürger, die ihre Kapitalien fortschafften und außerhalb Güter und ungeheuren Einkünfte erwürben, seien bereichert. Dabei vergäßen sie, daß der Friedensvertrag von Versailles Frankreich eine Priorität ersten Ranges auf die deutschen Werte gewähre, die bis jetzt unausgenutzt geblieben sei. Deutschland wage augenblicklich, den Wunsch nach einer Revision des Friedensvertrages auszusprechen. Wenn man in Frankreich nur ein Viertel von dem Eifer, mit dem man den Friedensvertrag revidiert habe, darauf verwendet hätte, den Friedensvertrag auszuführen zu lassen, dann würde Frankreich die Wohltat des siegreichen Friedens verspüren. — Im Departement Pas-de-Calais sprach Senator Jonnart, der französische Botschafter beim Vatikan, der wiederum zum Vorsitzenden gewählt wurde. Er sagte u. a., man hätte erwarten dürfen, daß die fortbestehende Einigkeit der Alliierten Deutschland die strikte Ausführung seiner Verpflichtungen aufzwingen würde. Was zeige sich aber? Die Mäßigung Frankreichs sei nicht nach Wunsch von seinen Alliierten anerkannt, und dies sei von Deutschland als Schwäche ausgebeutet worden. Die militärische Entwaffnung Deutschlands, die schon vor Monaten hätte vollendet sein sollen, sei es noch nicht. Die Aburteilung der Kriegsschuldigen habe Veranlassung zu einer Justizperiode gegeben. Senator Jonnart sprach auch von dem Bankrott des Obersten Rats im Hinblick auf Oberschlesien. Er behauptete, daß Frankreich aus der ersten Reparationszahlung noch keinen Nutzen gezogen habe und betonte, daß der Friedensvertrag von Versailles über alle Vermögensstücke und Einnahmestellen des Deutschen Reichs zur Regelung der Reparations-

pflicht eine Priorität ersten Ranges geschaffen habe. Wird, fragte der Redner, auch diese Garantie zu Gunsten der Geschädigten aufgegeben werden?

Die Vorgänge im Reich.

Der Vorwärts zur Umbildung der Regierung.

Berlin, 27. Sept. Ueber die Aussichten der Kabinettsbildung äußert sich der „Vorwärts“ nicht gerade sehr hoffnungsvoll. Das Blatt schreibt: Ob eine Verbreiterung der Koalition zustande kommt, ist noch ungewiß. Auf Intriguen gegen Wirth lassen wir uns nicht ein. Eine Verbreiterung der Koalition kommt nur dann in Betracht, wenn die bisherige Politik des Kabinetts Wirth dadurch gestärkt, nicht aber wenn sie dadurch geschwächt und nach rechts abgelenkt wird.

Besprechungen des Reichskanzlers mit den Führern der Koalitionsparteien.

Berlin, 27. Sept. Reichskanzler Dr. Wirth hatte gestern nachmittag mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, eine Besprechung über die Kabinettsneubildung im Reich. — Der „Vossischen Zeitung“ zufolge sind gestern auch die Führer der Zentrums- und der Reichstags- und Reichstagsparteien erschienen, um die allgemeine politische Lage zu erörtern. Die Sozialisten folgten heute.

Berlin, 26. Sept. Den Wählern zufolge findet heute nachmittag in der Reichskanzlei eine Besprechung der Führer der Koalitionsparteien mit dem Reichskanzler über die allgemeine politische Lage statt, wobei, wie die Blätter glauben, die Erörterungen über die Erweiterung der bisherigen Regierungskoalition im Vordergrund stehen werden. — Ueber die Haltung der Deutschen Volkspartei zu der Verbreiterung der Regierungsbasis berichten mehrere Blätter, daß die Forderungen der Deutschen Volkspartei, falls man an sie herantritt, weniger in Personal- oder Ressortforderungen als in der Forderung der Aufstellung eines sachlichen Programms zur Lösung der aktuellen Fragen namentlich auf finanziellen Gebiete liegen. Man würde sich zu einer Mitarbeit nur bereit finden, wenn energische Mittel angewandt würden, um das Elend der Reichsfinanzen zu beseitigen.

Vorkäufiges Ergebnis der Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich.

München, 26. Sept. Amtlich wird mitgeteilt: Das Ergebnis der zwischen der bayerischen Staatsregierung und der Reichsregierung gepflogenen Verhandlungen über den Erlaß der Reichsregierung vom 29. August und über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern wird am Dienstag nachmittag Gegenstand von Beratungen im Verfassungsausschuß des Landtags sein. Um der verfassungsmäßigen Entscheidung des Landtags nicht vorzugreifen, wurde bisher von einer Veröffentlichung des Wortlauts der Abmachungen Abstand genommen. Bedauerlicherweise ist durch Indiskretion eine unrichtige Veröffentlichung der Abmachungen erfolgt und der Eindruck erweckt worden, als ob nach den jetzt getroffenen Vereinbarungen der Reichsminister des Innern selbständige Verfügungen erlassen könne und der Landesbehörde lediglich das Recht der Beschwerde an den Reichsratsausschuß zustehe. Das ist falsch. Es ist im Gegenteil vereinbart worden, daß die Landeszentralbehörde allein das Recht zum Erlaß von Verboten hat. Dem Reichsminister des Innern ist lediglich das Recht eingeräumt, an die Landeszentralbehörde ein Ersuchen um Erlaß von Verboten und Beschlagnahmungen zu richten. Wenn die Landeszentralbehörde glaubt, solchen Ersuchen nicht Folge leisten zu können, tritt eine scheidrichtliche Entscheidung der föderativen Instanz des Reichsratsausschusses ein.

Das Explosionsunglück in Oppau.

Um die Aufklärung der Ursachen.

Mannheim, 26. Sept. In einer Unterredung mit Dr. Nevertzler erklärte der Direktor der Badischen Anilin- und Sodawerke, Dr. Julius, daß heute vormittag 330 Tote (einschließlich einiger Vermisster festgestellt worden seien. Nach Ansicht der Direktion müsse die Ursache der Explosion von außen gekommen sein. Dr. Julius teilte mit, daß kein Arbeiter wegen der Stilllegung des Oppauer Betriebs entlassen werde. Sämtliche Arbeiter würden vielmehr mit Notstandsarbeiten beschäftigt. Berlin, 26. Sept. Der Reichsminister des Innern hat unter Zustimmung der bayerischen Regierung dem Direktor der chemisch-technischen Reichsanstalt, dem Oberregierungsrat Dr. Lenze, der ein hervorragender Sachmann in allen Explosionsfragen ist, nach Oppau entsandt, um an der Aufklärung der Gründe des Explosionsunglücks mitzuwirken.

Ludwigshafen, 27. Sept. Bei der Trauerfeier in Oppau sprach im Namen der Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik Wosch, der Begründer der Fabrik. Seine Worte wurden von den Zuhörern mit besonderer Spannung verfolgt. Er führte aus, daß er es für seine Pflicht halte, bei dieser Trauerfeier Mitteilungen über die Ursache der Katastrophe zu geben. Zunächst machte er eine kurze Mitteilung von den mühevollen und gefährlichen Unterjuchungen, die schon lange vor dem Kriege in der Stoffsabrivation ausgeführt worden sind. Die wirtschaftliche Not und die schlechte Ernährung, die der Krieg dem deutschen Volke bereite, haben zum weiteren Ausbau dieser Industrie gezwungen. Man sei sich darüber klar gewesen, daß diese Industrie Gefahren für die Arbeiter birge; aber die Chemiker der Fabrik hätten immer ihre Pflicht getan, keine Vorsichtsmaßregel sei außer Acht gelassen worden und auch im vorliegenden Falle iräte die Direktion keine Schuld. Eine neue unbekannte Naturkraft habe alle bisherigen Bemühungen zerschanden gemacht. Mit Schrecken habe man erkennen müssen, daß der Stoff, der bestimmt war, die Ernährung des Volkes sicherzustellen, sich so plötzlich als ein schlimmer Feind erwiesen habe. Seine Rede schloß Dr. Wosch mit dem Versprechen, daß die Direktion der Anilinfabrik alles tun werde, um die Not von Witwen und Waisen fernzuhalten und den Toten ein ehrendes Andenken zu bewahren.

Das Hilfswerk.

München, 26. Sept. Der bayerische Industrieverband in München hat für die Opfer des schweren Unglücks von Oppau den Betrag von 50.000 M. gespendet. Berlin, 26. Sept. Der Reichshilfsausschuß von Oppau macht darauf aufmerksam, daß sämtliche Liebesgaben für die Opfer des Oppauer Unglücks auf der Reichsbahn frachtfrei befördert werden. Es empfiehlt sich, die Sendungen im Frachtbrief als Liebesgaben für Oppau kenntlich zu machen. Sendungen sind zweckmäßig an den Stadtrat von Ludwigshafen zu richten. Berlin, 26. Sept. Auf Veranlassung des deutschen Gesandten in Stockholm wird unter den Deutschen in Schweden eine umfangreiche Sammlung zu Gunsten des Reichshilfsausschusses für Oppau veranstaltet. Stockholm, 26. Sept. Das schwedische Rote Kreuz spendete den Geschädigten von Oppau 100.000 Mark. — Der schwedische Minister des Auswärtigen, Graf Brangel und eine Reihe in Stockholm akkreditierter Vertreter der Mächte sprachen dem deutschen Gesandten ihre Teilnahme aus.

Die Tagung des Völkerbunds.

Eine Sachverständigenkommission für Oberschlesien

Paris, 24. Sept. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Genf hat der Ausschuß des Völkerbundes eine Sachverständigenkommission nach Oberschlesien zu entsenden beschlossen. Zwei Sachverständige, darunter ein Spanier, hatten sich schon einige Tage in Oppeln aufgehalten und seien nach Genf zurückgekehrt, um vor der Abreise der Sachverständigenkommission einige Auskünfte zu geben.

England beteiligt sich nicht an der Geldhilfe für Rußland.

Genf, 24. Sept. Der englische Delegierte Fisher soll, nach einem Bericht der Pariser Information, in der Unterkommission für die russische Hilfsaktion erklärt haben, daß seine Regierung sich an einer Finanzhilfe nicht beteiligen würde. England habe vielmehr der Sowjetregierung mitgeteilt, sie möge ihr Geld für den Ankauf von Lebensmitteln und nicht für Propaganda verwenden.

Die Memeler Frage.

Genf, 25. Sept. In seiner langen Rede in der gestrigen Abendtagung der Völkerbundsversammlung berührte Askani-Polen auch die Memelerfrage. Nach dem amtlichen Stenogramm des Völkerbundssekretariats sagte er wörtlich: Ich möchte auch einige Vorbehalte über den Anschluß des Memeler Gebiets an Litauen machen. In diesem Gebiet leben 150.000 Einwohner, die, wie ich wohl behaupten kann, nicht ihre Einverleibung in Litauen wünschen.

Die Wilnaer Frage.

Genf, 24. Sept. Ueber das litauisch-polnische Problem hielt in der heutigen Sitzung der Völkerbundsversammlung Hymans-Belgien eine längere Rede. In seiner Eigenschaft als Mitglied des Völkerbundsrates sei er damit beauftragt worden, einen Abkommensentwurf zur Regelung der Wilnaer Frage auszuarbeiten. Ueber diesen Abkommensentwurf gab Hymans heute eingehende Ausführungen, die in der Aufforderung gipfelten, die Versammlung möge die vom Rate einstimmig angenommene Fassung den beiden Parteien zur Annahme emp-

... oder in Weisung
... daß er von höher
... arniture verfolgt diese
... und oder Blumen aus
... nebeneinander gestellt
... Dann wieder liegen
... den sich flach garniert
... es. Von dieser rüd-
... ufe des Winters noch
... einzelne Federposen,
... ufelt oder glatt, öfter
... ygerinübung gezogen
... Rolle. Man setzt die
... daß der vordere Innen-
... lieft.
... ana P. Wackind.

Kleiner Gloden-
... elgloß in Kappenform,
... -Schmitten - Klein-
... neuer Beschreibung
... erhältlich.

musier
... chhandlung Calw.

ossenschaft m. d. L.
... Angelegenheiten, so die
... und Verkauf von
... von Wertpapieren.

e
... reis (Bund)
... Beistannen
... ähe.
... Ernst, Stuttgart,
... hlfstraße 44.

Im Auftrag habe ich
... Mk. 8000
... f. Sicherheit aus-
... zuleihen.
... art Reichert, Agentur-
... chäft, mittlere Brück-
... enden u. im Herbst
... empfehlen wir:
... italiansage!
... erstklassige
... hergestellte
... igationen.
... sbank Calw.

rtag
... ränke
... ränke
... er Calw u. Nagold:
... , Nagold.

fehlen, ohne daß dadurch die Möglichkeit für etwaige Änderungen versperrt sei. Zum ersten Mal sprach Johann in der Versammlung ein Vertreter Litauens, der die litauischen Abänderungsvorschläge darlegte und auf den General Seligowski, den Urheber des Uebels hinwies. Der polnische Vertreter verzichtete auf das Wort mit der Begründung, daß es zu Zeit mangelte, um die polnische Auffassung darzulegen.

Humanitäre Fragen.

Genf, 25. Sept. Bei der Beratung des Berichtes über den Frauen- und Kinderhandel in der 5. Kommission (humanitäre Fragen) wurden verschiedene Vorbehalte der indischen, japanischen und siamesischen Regierung über die Altersgrenze gebilligt. Hennessy-Franzreich wünschte die Aufschubung des Abkommensentwurfes, weil auch Frankreich mit Rücksicht auf seine tropischen Kolonien ähnliche Vorbehalte zu prüfen habe. Laforest bedauerte, daß das angestrebte humanitäre Werk von neuem verzögert werden solle. Schließlich wurde die Resolution Murray-Südafrika angenommen.

Der österreichisch-ungarische Grenzstreit.

Eingreifen der Tschecho-Slowakei?

Prag, 24. Sept. Das Tschecho-Slowakische Presse-Büro erfährt, daß Minister Dr. Benesch in den nächsten Tagen mit dem ungarischen Minister des Aeußern Banffy zum Zwecke der Regelung der ungarischen Angelegenheiten eine Zusammenkunft haben wird. Diese Zusammenkunft hängt mit den Ereignissen der letzten Tagen zusammen.

Prag, 25. Sept. Minister Dr. Benesch hat den Vorsitzenden des Außenausschusses um Einberufung des Ausschusses ersucht, um vor dem parlamentarischen Forum über die jüngsten außenpolitischen Ereignisse Erklärungen abzugeben. Der Ausschuß wird wahrscheinlich für Dienstag nachmittags einberufen werden.

Prag, 25. Sept. Minister des Aeußern Dr. Benesch ist heute abend nach Brünn abgereist, wo er morgen mit dem ungarischen Minister des Aeußern Grafen Banffy zusammentrifft. Graf Banffy wird noch morgen nach Budapest zurückkehren.

Brünn, 26. Sept. (Tschecho-Slow. Pressebüro.) Bei der heutigen Zusammenkunft des Ministers des Aeußern, Dr. Benesch, und des ungarischen Ministers des Aeußern, Grafen Banffy, wurde die Lage in Betsungam erörtert. Es wurde vereinbart, zunächst die alliierten Großmächte über die Lage zu unterrichten. Die ungarische Delegation ist nachmittags wieder nach Budapest zurückgekehrt.

Wien, 24. Sept. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, wird der Bundeskanzler Schöber voraussichtlich am Dienstag mit dem tschechischen Minister des Aeußern neuerlich zusammentreffen, um ihm die österreichische Antwort auf den Vermittlungsvorschlag der ungarischen Regierung zu übergeben.

Das Ultimatum der Entente.

London, 26. Sept. Wie Reuter erfährt, ist das Ultimatum der Alliierten an Ungarn nunmehr in Budapest überreicht worden. Die tschecho-slowakische Regierung setzt im aufständigen Einvernehmen mit den Alliierten ihre Bemühungen fort, die Ausführung des Vertrags sicherzustellen.

Protest der Flüchtlinge aus dem Burgenland.

Wien, 24. Sept. Heute erschienen im Parlament zahlreiche Flüchtlinge aus dem Burgenland und protestierten bei den Abgeordneten gegen eine eventuelle Abtrennung Odenburgs vom Burgenland. Das ganze Burgenland müsse, den Bestimmungen des Friedensvertrags entsprechend, als eine Einheit an Oesterreich angegliedert werden. Ohne Odenburg gebe es kein Burgenland.

Gewalttaten der ungarischen Banden.

Wien, 24. Sept. Zu dem Ueberfall bewaffneter ungarischer Banden bei Bruck an der Leitha erfährt die politische Korrespondenz: Die Behinderung des Eisenbahnverkehrs östlich von Rivala Siba durch Aufreihen von Schienen ist durch ungarische Eisenbahner, die offenbar mit den Banden in Verbindung stehen, verübt worden. Das gesamte ungarische Eisenbahnpersonal in Bruck ist verhaftet und nach Niederösterreich überstellt worden. Die österreichische Regierung hat sofort nach dem Bekanntwerden des Ueberfalls auf Bruck durch ungarische Banden unter Protest die Vorfälle der Völkerverletzung zur Kenntnis gebracht und zugleich bei der ungarischen Regierung die entsprechenden Schritte unternommen.

Der griechisch-türkische Krieg.

Angeblicher siegreicher Vormarsch der Türken.

Angora, 21. Sept. Amtlicher türkischer Heeresbericht: Unsere Truppen haben die Höhe von Kirghiz Bag, ungefähr 30 Kilometer östlich von Eskişehir, besetzt. Unsere Kavallerie und fliegenden Kolonnen sind vorgerückt und konnten die Eisenbahnlinien zerstören.

Konstantinopel, 24. Sept. Agence Havas. Nach Nachrichten aus semaltischer Quelle soll in der Gegend von Eskişehir eine große Schlacht im Gange sein. Die Griechen sollen versuchen, in dieser Stadt Widerstand zu leisten. Andererseits soll General Nuriddin Pascha, Befehlshaber der Truppen der Nordfront, den Befehl erhalten haben, gegen Brussa zu marschieren. General Ghaleb Pascha soll den Befehl erhalten haben, gegen Smyrna vorzugehen.

Paris, 25. Sept. Havas verbreitet eine aus türkischer Quelle stammende Konstantinopeler Meldung, daß das Gerücht von der Eroberung von Eskişehir bis jetzt sich nicht bestätigt. Die Lage der griechischen Armee habe sich noch dadurch verschlechtert, daß zwei Kavalleriedivisionen und zwei Infanteriedivisionen in ihrem Rücken operierten, die Said Ghazier befehligten.

Ein großer Sieg der Türken.

Konstantinopel, 26. Sept. Nach einer aus türkischer Quelle stammenden Meldung aus Kleinasien soll die große Schlacht bei Eskişehir zu Gunsten der Türken verlaufen sein. Die Kemalisten

Die Kriegsziele der Griechen

Paris, 25. Sept. Laut „Journal des Debats“ hat der griechische Delegierte beim Völkerbund, Frangulis, erklärt, Griechenland habe nicht die Vermittlung des Völkerbunds in seinem Konflikt mit der Türkei angerufen. Griechenland sei nach Klein-

asien mit einem Mandat der Mächte gegangen. Da man es in Erfüllung seiner Mission verlassen habe, setze es allein das Werk fort, das es glaube, mit Unterstützung der Mächte erfüllen zu können. Das griechische Unternehmen in Kleinasien habe den Hauptzweck, nicht nur die Griechen in Kleinasien, sondern auch die Armenier und die Kurden, mit einem Wort, alle von den Türken unterworfenen Völkerschaften von dem ottomanischen Joch zu befreien. Der Völkerbund habe voriges Jahr das Problem der Intervention in Kleinasien geprüft und erklärt, daß jeder Eingriff unmöglich sei.

Zur auswärtigen Lage.

Harding wünscht eine schnelle Ratifikation.

Washington, 24. Sept. Reuter. Präsident Harding erklärt in einem Brief an Senator Lodge, von dem der Senat heute Kenntnis erhielt, der Friedensvertrag mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn solle den letzten Rest von allem, was mit dem Kriege zusammenhängt, beseitigen und den Frieden vollständig wieder bringen. Der Brief ist vom 21. September datiert, dem Tage, an dem die Verträge übersandt wurden. Der Präsident, der die Verträge als in voller Uebereinstimmung mit der vom Kongress angenommenen Entschließung der Knox-Resolution hinstellt und darauf hinweist, daß der formelle Friede solange unterbrochen gewesen sei, wünscht eine schnelle Ratifikation.

Washington, 24. Sept. Reuter. Senator Lodge betonte bei seiner Besprechung der Verträge wiederum seine Meinung, die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein müsse alsbald nach der Ratifikation des Friedens beginnen. Er machte auf die Tatsache aufmerksam, daß weder Italien noch Japan Truppen am Rhein haben. Senator Borah erneuerte seine Kritik an der Politik der Vereinigten Staaten, die praktisch auf eine Gemeinschaft mit Europa hinauslaufe. Amerika, sagte er, wolle für sich alle Vorteile, die aus dem Versailler Vertrage erwachsen, und keinen seiner Nachteile. Dieses Verhalten ist moralisch unmöglich. Die Vereinigten Staaten werden auf die Dauer eine solche Stellung nicht einnehmen können. Es wäre besser, sich in die Angelegenheiten Europas nicht einzumischen, sonst wird das Land noch gezwungen, an den Verpflichtungen Europas teilzunehmen.

Newyork, 26. Sept. Wie aus Washington gemeldet wird, empfahl Senator Lodge dem Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten dringend die Ratifikation des deutschen Friedensvertrags und erklärte, der Vertrag behalte alle Rechte im Interesse der Vereinigten Staaten aus dem Versailler Vertrag in bestimmterer Form vor, als die Resolution Knox, da den Vereinigten Staaten durchaus frei stehe, jede beliebige Verpflichtung aus dem Versailler Vertrag übernehmen zu können. Es könne als wünschenswert gelten, daß Amerika in der Reparationskommission vertreten sei, wo so viel auf dem Spiele stehe, das das amerikanische Geschäft und Amerikas wirtschaftliche Wohlfahrt berühre. Ich glaube nicht, sagte Lodge, daß uns dadurch irgendwelche Verpflichtung nach der Art eines Bündnisses auferlegt wird. Ich glaube nicht, daß irgend eine moralische Verpflichtung besteht, amerikanische Truppen am Rhein zu halten. Ich bin sicher, daß dazu keine gesetzliche Verpflichtung vorhanden ist. Lodge verlas alsdann den Brief Hardings, in dem zu schnellem Handeln aufgefordert wird.

Washington, 24. Sept. In Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß es nicht nötig ist, sich die Zustimmung Deutschlands zu den Vorbehalten zu sichern, die möglicherweise der Senat zu dem Friedensvertrag macht, da diese Vorbehalte nur die Interpretation des Vertrags betreffen und nichts enthalten, wogegen Deutschland Einwendungen erheben könnte.

Beunruhigung in Frankreich

über d. Zurückziehung der amerikanischen Truppen.

Newyork, 26. Sept. Der Pariser Berichterstatter der „Associated Press“ meldet: Die amtlichen französischen Kreise sind sehr beunruhigt über die Berichte aus Washington, wonach die amerikanischen Truppen am Rhein nach der Ratifizierung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrags zurückgezogen würden. Das Ministerium des Aeußern hat der französischen Botschafter in Washington angewiesen, im geeigneten Augenblick darauf hinzuweisen, daß Frankreich die Zurückziehung der amerikanischen Truppen tief bedauern würde.

Kämpfe zwischen Albanen und Südslawen.

Rom, 24. Sept. Wie das „Giornale d'Italia“ aus Tirana über Valona meldet, haben albanische Truppen die Stellungen an der Drina, die von den Südslawen besetzt waren, angegriffen. Die Südslawen wurden fast von ihren ganzen Stellungen zurückgeworfen. Die Verluste auf beiden Seiten waren schwer.

Der Aufstand in Indien.

London, 24. Sept. „Daily Telegraph“ meldet aus Allahabad: Flüchtlinge aus Kalkutt berichten über schweres Feuer in der Gegend von Kilmur, wo 5000 Rebellen zusammengezogen sein sollen. Wahrscheinlich ist ein Kampf zwischen Truppen und Rebellen im Gange. Im Aufstandsgebiet herrscht furchtbare Hungersnot.

Frankreichs Abrüstung?

Paris, 27. Sept. Der Finanzausschuss der Kammer hat die Prüfung des Budgets des Finanzministeriums heute vormittag beendet. Auf Antrag des Berichterstatters wurde ein Kredit von 10 Millionen Franken zur Bezahlung der Zinsen der Bons für die nationale Verteidigung bewilligt und zwar mit Vorbehalt auf die Veränderungen des Wechselkurses und andere Gründe, die seit der Aufstellung des letzten Budgets eingetreten sind.

Eine englische Stimme

über die wirtschaftlichen Folgen des Weltkriegs.

Wien, 26. Sept. Der englische Publizist Dillon äußert sich im „Neuen Wiener Tageblatt“ über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die schließlich zu einer Weltkatastrophe führen müßten. Die Hauptschuldigen dieser Katastrophe würden diejenigen sein, die nicht die wirtschaftlichen Schäden zwischen den

Nationen erkennen wollten. Einer der Hauptfaktoren, durch welche einer Weltkatastrophe vorgebeugt werden könne, sei der, daß Amerika sein überflüssiges in den Tresoren liegendes Gold herausgäbe und in den Dienst der Weltwirtschaft stelle. Ein weiterer wohl ebenso wichtiger Faktor sei der einer Revision der wirtschaftlichen Bedingungen der Friedensverträge, namentlich des Versailler Vertrages.

Die Arbeitslosenfrage in England.

London, 23. Sept. Lloyd George erörterte gestern mit den Londoner Bürgermeistern, die ihn in Gairloch aufgesucht hatten, die Arbeitslosenfrage. Er hob nachdrücklich hervor, daß die Regierung die Lasten nicht allein auf ihre Schultern nehmen könne, und daß ein Zusammenwirken zwischen der Regierung, den örtlichen Behörden, den Unternehmern und der organisierten Arbeiterschaft wesentlich ist. Das Parlament müsse ebenfalls befragt werden.

Deutschland.

Vorbereitung über die Kredithilfe der Industrie und Banken.

Berlin, 26. Sept. Heute traten auf Einladung des Reichskanzlers führende Vertreter der deutschen Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Großorganisationen in der Reichskanzlei zusammen, um die Möglichkeit einer Unterstützung der von der Industrie und den Banken geplanten Aktion für unsere Reparationsverpflichtungen zu erörtern. Die Erörterung hatte den Charakter einer Vorbereitungs- und wird fortgesetzt werden, nachdem sich die Vertreter der Landwirtschaft mit ihren Organisationen ins Benehmen gesetzt haben.

Bericht Rathenaus über das Wiesbadener Abkommen.

Berlin, 26. Sept. Heute vormittag fanden zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning und den Führern der Koalitionsparteien Besprechungen statt, bei denen Minister Dr. Rathenau über seine Verhandlungen mit dem französischen Wiederaufbauminister Doumergue berichtet. Später wurden auch die Führer der Oppositionsparteien über die Verhandlungen in Wiesbaden informiert. Die Besprechungen waren vertraulich. Die Frage der Regierungsbildung ist nicht erörtert worden.

Ein Zwischenfall mit englischen Offizieren.

Berlin, 24. Sept. Ein Zwischenfall ereignete sich heute nach im D-Zug Köln-Berlin. Laut B. Z. erhielten vier englische Offiziere in Köln, da kein Schlafwagenabteil mehr frei war, die Erlaubnis, zwei Abteile erster Klasse zu benutzen. Als er der Fahrt der Zubräng von Reisenden 1. Klasse immer härter wurde, wurden die Offiziere von Zugbeamten ermahnt, gemeinschaftlich in einem Abteil Platz zu nehmen. Die Beamten wurden aber von den Engländern hinausgeworfen. Als in Bockum der Zugführer die Offiziere darauf aufmerksam machte, daß dies eventuell die entsprechenden Fahrkarten für Benutzung der zwei Abteile nachlösen müßten, drang ein Offizier auf ihn los und setzte ihm den Revolver auf die Brust. Der Beamte entließ dem Angreifer die Waffe und lieferte sie dem Fahrdienstleiter ab. In Essen forderten Beamte der Schutzpolizei die Engländer auf, den Zug sofort zu verlassen. Auch sie wurden von den Offizieren beschimpft. Erst als die Beamten das Gesicht der Engländer aus dem Abteil herausgenommen hatten, verließen diese den Zug. Ihre Namen wurden festgestellt.

Eröffnung der Frankfurter Messe.

Frankfurt, 25. Sept. Die 5. Frankfurter internationale Messe wurde heute vormittag mit einem Kundgang der Reichs- und ausländischen Pressevertreter eröffnet, nachdem Direktor Sutter vom Messeamt die Gäste in der Rotunde der Festhalle begrüßt und mit kurzen Worten auf die hautlichen Veränderungen und die Fortschritte seit der letzten Frühjahrsmesse hingewiesen hatte. An dem Kundgang schloß sich die feierliche Eröffnung des Hauses „Weltmarkt“, der letzten Schöpfung der Frankfurter Messe, in der des Kunstgewerbe eine würdige Stätte bereitet ist.

Frankfurt, 26. Sept. Ein Festmahl vereinigte aus Anlaß der 5. Frankfurter internationalen Messe gestern nachmittags Vertreter der Reichs- und einzelstaatlichen Behörden, unter denen sich in gewohnter Weise die Staatsoberhäupter von Württemberg, Baden und Hessen befanden, sowie Vertreter der Tages- und der Fachpresse. Nach Begrüßungsworten des Oberbürgermeisters Boigt wurden verschiedene Reden gehalten, wobei Ministerialdirektor v. Schönerbeck, der die Glückwünsche der Reichsregierung überbrachte, betonte, der Organismus der deutschen Wirtschaft sei an sich gesund, aber in diesen Organismus sei ein Fremdkörper eingebracht, das sei der Versailler Friedensvertrag. Man kann aus Anlaß der Frankfurter Messe nicht daran vorbeikommen, einen Vergleich zu ziehen zwischen dem Frankfurter Frieden von 1871 und dem Versailler Friedensvertrag. Bei ersterem hätten wir mit der einen Hand genommen, mit der anderen aber gegeben. Wir hätten damals Meißtbegünstigung gegeben, heute hätten wir einseitig Meißtbegünstigung geben müssen, ohne selbst zu erhalten. Man brauche aber nicht Optimist zu sein und werde trotzdem den Glauben an die Lebenskraft des deutschen Volkes nicht verlieren. Das Alibi gegen unsere wirtschaftliche Notlage sei die Arbeit. Nirgends sehe man so charakteristisch diese Wahrheit wie auf den Messen. Diese ergebende Kraft der Arbeit überbrücke im Inneren die Gegensätze und sei nötig von Nation zu Nation, da keine von diesen bestehen könne ohne die Arbeit der anderen.

Streik in den höchsten Farbenwerken.

Höchst a. M., 26. Sept. Die höchsten Farbdarsteller wurden am Sonntag von den Arbeitern besetzt. Ange stellte und Beamte, die heute zu der Arbeit erschienen, wurden an dem Betreten des Werkes von den Arbeitermächten verhindert. Die Ruhe ist jedoch nirgends gestört. Zu dem Werk gehörende lebenswichtige Betriebe werden von den Arbeitern aufrecht erhalten. Der französische Preisbelegte erteilte einen Aufauf an die Arbeiterschaft, daß er sich in den Streik zwischen der Direktion und den Arbeitern nicht einmischen wolle, er ersucht aber die Arbeiterschaft, jeden Gewaltakt zu vermeiden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 27. September 1921.

Zum Oberlehrer-Hilfswerk.

Im Anbetracht der nun einsetzenden Sammelthätigkeit für die Opfer des Unglücks in Dypau durch das Rote Kreuz wird zweifellos die Spende von Geldbeträgen nachlassen. Aber dringend wird gebeten, gemeindefreie Sammlungen von unverderblichen Lebensmitteln zu veranstalten. Jetzt wo die größte Zahl der oberhalbigen Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückkehrt, finden sie nichts, aber auch rein nichts mehr vor. Da ist dringende Hilfe notwendig. In den nächsten Tagen werden einige Maßregeln veröffentlicht, wie die Abfindung von Lebensmitteln erfolgen soll. Zu der Sammlung von Neuweiler durch Hauptlehrer Reiff ist wiederum eine Wechselseitigkeit von Hornberg durch Hauptlehrer Reiber an die Sammelstelle in Stuttgart, Neuer Bahnhof, Eingang 4 A Radwegbürgerstraße zu verzeichnen. Deshalb nur eine Bitte: Wechselseitige Lebensmittel für die harterbedrängten Oberlehrer, aber auch zahlreiche Spenden für die unglücklichen Opfer in Dypau!

Zufüge auf 10 Pfg.-Karten.

Auf Druckadentarten sind im allgemeinen handschriftliche Zufüge nicht zulässig. Das Reichspostministerium hat jedoch neuerdings erklärt, daß derartige Karten gegen eine Gebühr von 10 Pfg. nicht beanstandet werden, wenn sie auf der linken Hälfte der Vorderseite zu einem Vorwurf wie „Betrifft unser Angebot vom...“ den handschriftlichen Zusatz des Tages (z. B. 16. 9. 21) tragen.

Muß der Kaufmann auch 1/2 Viertelpfund abgeben?

Ein Kölner Anwaltsgehilfe wollte bei seinem Nachbarn, einem Kolonialwarenhandeler, ein halbes Viertelpfund Kaffee kaufen. Der Kaufmann verweigerte die Abgabe und hatte sich vor dem Schöffengericht in Köln zu verantworten, weil er die Abgabe von im Kleinhandel üblichen Mengen Kaffee, nämlich 65 Gramm, verweigert habe. Trotz seines Bestreitens wurde er überführt. Wie der Vorsitzende feststellte, steht die Preisprüfungsstelle auf dem Standpunkte, daß eine strafbare Verweigerung nicht vorliegt. Amtsanwalt Wahmann aber betonte: Daß es im Kleinhandel bei den heutigen teuren Preisen üblich sein muß, daß kleine Leute auch ein halbes Viertel kaufen können, darüber kann kein Zweifel sein, das bedingt die Not der Zeit. Ich beantrage die im Strafgesetzbuch festgesetzte Strafe von 60 M, die eine sehr geringe ist. Das Urteil lautete: In der heutigen Zeit ist jeder Geschäftsmann verpflichtet, auch derartige kleine Mengen abzugeben. Das Gericht hat auf die wilde Strafe von 60 M erkannt.

Zur Sammlung für Dypau.

Man schreibt uns: Eine Anregung! In diesen Tagen ist ein Aufruf vom Präsidium des württ. Landesvereins vom Roten Kreuz ergangen zur baldigen Sammlung für die Hinterbliebenen, Verunglückten und sonstigen Geschädigten anlässlich des furchtbaren Unglücks in Dypau. Es wäre daher nur zu begrüßen, wenn hier die Berufsvereinigungen (Gewerbeverein, Beamtenbund, Gewerkschaften usw.) innerhalb ihrer Mitglieder Sammellisten in Umlauf setzten, oder wenn in den verschiedenen Beamten- und Fabrikbetrieben Sammlungen erfolgten, wie dies anderwärts bereits mit gutem Erfolg geschehen ist. Bei den übrigen Haushaltungen, die dadurch nicht erreicht werden, könnte eine Hausammlung vorgenommen werden!

Mutmaßliches Wetter am Mittwoch u. Donnerstag.

Schönungen kommen auf, denen der Hochdruck aber noch Widerstand leistet. Am Mittwoch und Donnerstag ist zunehmende Trübung, doch immer noch meist trockenes Wetter zu erwarten.

(S. 2.) Gsching, 26. Sept. (Bauerntag.) Die Hauptversammlung des Bauernvereins war überaus stark besucht. Dr. Heim führte in seiner Rede aus: Die Zeitverhältnisse treiben auch zur Organisation des Bauernstandes. Während des Kriegs sind wir zur Erkenntnis gekommen, daß durch die Entwicklung unserer Industrie wir uns vom Verfall auf Grund und Boden entfernt hatten. Wenn der Krieg verloren ging, trifft die Landwirtschaft keine Schuld. Der schematische Achtstundentag ist unbedingt schädlich. Hätte sich der Bauernstand nur auf ihn beschränkt, so wären wir in ein noch besseres Stadium gelangt. Wir können uns nicht vom Ausland versorgen lassen, weil uns das Geld ausgeht. Die Verhältnisse liegen so, daß erste Volkswirtschaftler mit einer Weltungsnote rechnen. An den fürstlichen Vätern, die wir tragen, ist nichts anderes schuld, als die Annahme des Ultimatus, das nach meiner Ansicht niemals zu erfüllen ist. Noch sind wir nicht auf dem tiefsten Punkt. Das Schlimmste kommt erst. Meine Hoffnung auf das Ausland ist negativ. Das muß auch zur Erkenntnis unseres Volkes kommen. Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft ist auch die Zukunft des deutschen Volkes. Quacksalber dürfen nicht Bauernführer werden, denn der Bauer ist kein Spielzeug. Die Sozialisierung der Landwirtschaft ist nicht möglich. Großbetriebe und Kleinbetriebe müssen sein, wenn man einen gesunden Fortschritt haben will. Der Angelpunkt aller Staatsweisheit ist die Familie und der Besitz erhält die Familie. Der Grundsatz des christlichen Bauernvereins ist, daß das materielle Leben nicht seinen Inhalt bildet. Nach Dr. Heim sprach Professor Dr. Bauer-Hohenheim über Produktionsförderung, ferner Reichstagsabgeordneter Fehrmann-Kuittel, der die Ausführungen des Dr. Heims in mehreren Punkten widerlegte und Staatsrat Eger-Weißkopf über Steuerfragen.

(S. 2.) Ulm, 26. Sept. Die Ulmer Schauwache führte am Sonntag eine solche Menge Fremder herbei, daß sich die Leute auf der Straße stauten. Noch stärker war der Andrang an die Schaukasten. Die Dekorationen sind begäubernd schön. 108 Firmen mit zirkel 240 Fenstern haben sich an dem Wettbewerb beteiligt. Im Münster war großes Konzert. Am Nachmittag wurde der historische Wandertag an vielen Plätzen der Stadt aufgeführt. (S. 2.) Heilbronn, 26. Sept. Am Freitag hielten sich zwei Vertreter der russischen Regierung hier auf, um einen Vertrag ihres Berufs Ingenieure, waren früher schon in Deutschland und besprachen dadurch unsere Sprache. Unter Hinzuziehung eines sachverständigen Arbeiters gestaltete sich die Abnahme der Waren, in der Hauptsache Gartengeräte, wie Gärtnermesser und Rebscheren, ziemlich rasch. Zum Schluß wurde ein neuer Aufschlag erteilt.

Sitzung des Landesauschusses der Deutschen Volkspartei in Stuttgart.

Für den Eintritt in die erbreitete Regierung. Steuerfragen. — Schulfragen.

Stuttgart, 25. Sept. Unter dem Vorsitz des Abg. W. L. S. fand gestern eine aus allen Teilen des Landes zahlreich besuchte Sitzung des Landesauschusses statt, an der sich auch eine größere Anzahl von Vorstehenden der örtlichen Organisationen der Partei beteiligten. Einleitend sprach Abg. W. L. S. über die politische Lage. Seine Ausführungen, die die Zeit seit Erzbergers Ermordung behandelten, gipfelten in der Stellungnahme der Partei zu einem etwaigen Eintritt in die Regierung. Diese Stellungnahme kennzeichnete der Redner dahin, daß es sich wohl über einen Eintritt in eine Regierung mit den Mehrheitssozialdemokraten zusammen verhandeln ließe, wenn hierzu die Aufforderung gestellt werde. Voraussetzungen aber sei das unbedingte Festhalten an den Grundfragen der Partei. Er wies gegenüber den bereits einsetzenden Angriffen von Rechts auf die Tatsache hin, daß die von Stresemann ausgesprochene Bereitwilligkeit zur Mitarbeit mit der Sozialdemokratie keineswegs eine Änderung der bisherigen Haltung der Partei bedeutet. Die Deutsche Volkspartei als die Partei des Wiederaufbaus, habe bereits im Wahlkampf des letzten Jahres mit aller Offenheit die Notwendigkeit der gemeinsamen Arbeit aller aufbauwilligen Kräfte, auch der Mehrheitssozialdemokratie, in Wort und Schrift betont. Nicht eine Regierungsgemeinschaft, in der die Mehrheitssozialdemokratie diktatorisch den Kurs bestimme, sondern ein Zusammenarbeiten mit ihr als einen gleichberechtigten Partner müsse das erstrebenswerte Ziel sein. Auf die Mitarbeit der Sozialdemokratie etwa verzichten zu wollen, sei auf die Dauer nicht angängig. Sie müsse mitverantwortlich sein für das, was im Reich oder Staat geschieht. Nur eine auf breiter Grundlage gestellte Regierung könne ruhige Zustände schaffen und damit den Wiederaufbau des Vaterlandes ermöglichen. Die grundsätzliche Stellung gegenüber der Sozialdemokratie werde dadurch in keiner Weise berührt. Nicht um eine Gefinnungsgemeinschaft könne es sich handeln, sondern um eine Arbeitsgemeinschaft. Stetlich wird auch diese nur dann möglich sein, wenn die Sozialdemokratie zur Einsicht kommt, daß sie nicht anderen Parteien ihren Willen aufzwingen darf, sondern auch selbst Opfer zu bringen hat. Im Uebrigen dürfe auch daran erinnert werden, daß selbst die Deutsch-Nationalen noch vor kurzem durch Erklärungen ihrer berufenen Führer diese Zusammenarbeit als wünschenswert gleichfalls anerkannt haben. Der Gedanke Herzigs, einem Linksblock einen Rechtsblock entgegen zu stellen, führe zur weiteren Vertiefung der Gegensätze und letzten Endes zum Bürgerkrieg. Zum Schluß übte der Abg. W. L. S. an der Haltung des Reichstanzlers Wittich in den Tagen nach dem Morde von Griesbach unter lebhafter Zustimmung der Anwesenden scharfe sachliche Kritik, ebenso an den Angriffen gewisser Zentrumsblätter, von denen man fast annehmen muß, daß sie jede Mitarbeit der Deutschen Volkspartei von vornherein verhindern wollen. — Der zweite Redner, Abg. R. K. H. (Ulm) behandelte die Steuerfragen. Er gab zunächst einen Überblick über den Haushaltsplan des Reiches und erläuterte das Defizit von etwa 78 Milliarden, das trotz der neu aufzubringenden Steuern verbleibe. Der Redner ging dann auf den Entwurf der neuen Steuergesetze im Einzelnen ein und übte scharfe Kritik an dem Plane bei dem neuen Entwurfe des vorliegenden Vermögens- und Vermögenszuwachssteuergesetzes den gemeinen Wert zur Berechnung zu Grunde zu legen. Der Weg wirtschaftlicher Rücksichtnahme werde damit verlassen und ein Rechtsbruch der Steuerergänzungen befestigt. Einer strengen Kritik wurden die kirchlich organisierten Ausführungsbestimmungen zu § 59 a des Reichseinkommengesetzes unterzogen, die als im krassen Widerspruch zu dem Wortlaut des Gesetzes selbst bezeichnet wurden. Weitere Beanstandung fand der Entwurf einer achtfachen Erhöhung der Steuer für Lebensversicherungen, einer vierfachen der Wertsteuer. Im übrigen empfahl der Redner die Zustimmung zu den einzelnen Entwürfen, die natürlich noch eingehender Nachprüfung bedürften. Bei den weiteren Ausführungen betonte der Abg. R. K. H., die aus der schlechten Finanzlage des Staates sich ergebende Notwendigkeit der Heranziehung von Besitz und Ertrag, soweit es überhaupt möglich wäre. Die gesamte Grundlage der Wirtschaft dürfe dadurch aber ebensovienig ins Wanken kommen, wie die Mittel zur Produktion gesichert bleiben müßten. Die nach einer Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums beabsichtigte Ersetzung der Goldwerte müsse entschieden abgelehnt werden, da damit die Erhaltung der Wirtschaft überhaupt in Frage gestellt sei und die Gefahr einer Auslieferung an die Feinde bestehe. Als Wege zur Gesundung unserer Finanzwirtschaft bezeichnete der Referent als wichtigsten die Ermäßigung der Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag, eine Verbesserung und Vereinfachung des ganzen Steuerwesens, eine gewaltige Steigerung unserer Produktion verbunden mit äußerster Sparsamkeit in Verwaltung, bei den Verkehrsanstalten, sowie bei dem Einzelnen. — Der dritte Redner des Tages, Mittelschullehrer Theodor Deutelspacher (Stuttgart), referierte über die Schulfragen nach dem neuen Reichsschulgesetzentwurf. Zu der Frage der konfessionellen, Simultan- oder Gemeinschaftsschule führte der Redner aus, daß unser Volk zu seiner Erneuerung dringend der sittlich-religiösen Kräfte des Christentums bedürfe und lehnte darum die religionslose Schule in ihren beiden Formen, der rein weltlichen und der Weltanschauungsschule, ab. Ebenso wies er auch die sogenannte Gemeinschaftsschule ab, bei der der Religionsunterricht nur ein Anhängsel bilde. Da aber die nationale Einheitschule bei der religiösen und politischen Zerküftung unseres Volkes in abschauer Zeit keine Aussicht auf Verwirklichung habe, sondern vorerst ein Ideal bleibe, so fordere er die Erhaltung der christlichen Simultanschule, da, wo sie bisher bestand, in den höheren Schulen, in Mittelschulen, in Hilfsschulen und ihrer Einführung da, wo sie zur Vermeidung von Zwergschulen zweckmäßig ist, auf Antrag der Erziehungsberechtigten. Ferner forderte der Redner die Beibehaltung

der konfessionellen Volksschule unter voller Anerkennung als staatlicher Schule und unter staatlicher Aufsicht. Ueber die Dauer der Grundschule und der höheren Schulen wurde ausgeführt, daß die vierjährige Grundschule der normale Unterbau für die übrigen Schulen bilden muß, an der neunjährigen Dauer der höheren Schulen müsse aber festgehalten werden. Des ferneren berichtete der Referent über die Gemeinschaftsziehung der Geschlechter, über die Pflichtschule, über die Stellungnahme des Reichsschulsausschusses zu den Beschlüssen des deutschen Lehrervereins betreffend Umwandlung derselben in eine Lehrergewerkschaft mit Anlehnung an den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund. Der letztere Schritt des deutschen Lehrervereins müsse von vielen Lehrern bedauert werden, da er nicht nur ihrer Stellung als Beamte verhängnisvoll werden könne, sondern auch eine unerträgliche Beschränkung ihrer Gewissensfreiheit bedeute. Er begrüßte es warm, daß die Deutsche Volkspartei ein Schulprogramm biete, das von freiheitlichem Geiste und auf nationaler und christlicher Grundlage gestellt wäre. — Sämtliche Redner fanden lebhaften Beifall. — An der nun folgenden eingehenden und anregenden Aussprache beteiligten sich neben den Berichterstatter u. a. Abg. Dr. Egelhaaf, Fabrikant Wagner, Bürgermeister a. D. Krämer, Professor Banzhaf (Tübingen), Oberleutnant a. D. Stodhaus (Ulm), Bankprokurist Neuhäuser, Oberlehrer Knöbber (Waiblingen), Professor Tochtermann (Eßlingen), Professor Dr. Kofink (Nürtingen), Chefredakteur Kirchner (Göppingen) und Abg. Hartmann. — Sämtliche Redner stellten sich unter der einmütigen Zustimmung der Versammlung auf den Boden der bekannten Entschlüsse des geschäftsführenden Ausschusses des Landespartei, wie auch die Heidelberger Resolution einmütige Billigung fand. — Mit einem Schlußwort des Vorsitzenden fand die eindrucksvolle Tagung ihren Abschluß.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Newyork, 26. Sept. Die Reichsmark wurde heute (nach der „Zeit. Ztg.“) um 10 Uhr vorm. mit 0.87 1/2 genannt. Das entspricht einem Dollarkurs in Deutschland von M. 114.29.

Landesproduktionsbörsen.

(S. 2.) Stuttgart, 26. Sept. In abgelaufener Woche verkehrte der Getreidemarkt mit kleinen Schwankungen in fester Stimmung. Die Landzufuhren waren infolge der Herbstarbeiten schwach. Es notierten je 100 Kg. ab württ. Stationen: württ. Weizen, je nach Dieserzeit 445—475, Roggen 335—375, Sommergerste 480—510, Hafer 350—370, Weizenmehl Nr. 0 September-Oktober-Lieferung bei 65 Proz. Ausmahlung in Baggonladung 720—740, Brotmehl 470—490, Kleie 230—340, Heu 160—200, Stroh 50—70 M.

Märkte.

Fäute.

(S. 2.) Ulm, 24. Sept. Die Auktionszentrale Ulm brachte 5200 Großviehhäute, 7300 Kalbfelle und 470 Schaffelle bei beträchtlich erhöhten Preisen zur Versteigerung. Das Pfund kostete: Ochsenhäute bis 28 Pfund M. 22.05—22.20, von 30 bis 49 Pfund 18.50 bis 18.70 M., von 50—59 Pfund 18.55 bis 19.35 M., von 60 bis 79 Pfund 18.90 bis 19.40 M., über 80 Pfund 18.15 bis 19.40 M. Rinderhäute bis 29 Pfund 22.20 bis 23.30 M., von 30 bis 49 Pfund 19.35 bis 20.75 M., von 50 bis 59 Pfund 19.60 bis 20.60 M., von 60 bis 79 Pfund 19.75 bis 19.95 M. Kuhhäute bis 49 Pfund 18.50 bis 19.65 M., von 50 bis 59 Pfund 19.15 bis 19.70 M., von 60 bis 79 Pfund 19.00 bis 19.95; Farrenhäute bis 29 Pfund 22.05 bis 23.30 M., von 30 bis 49 Pfund 18.85 bis 19.20 M., von 50 bis 59 Pfund 16.60 bis 17.35 M., von 60 bis 79 Pfund 16.15 bis 16.85 M., über 80 Pfund 13.45 bis 13.90 M.; Kalbfelle 41.00 bis 42.00 M., Schaffelle gelblich 8.10 bis 8.40 M., trocken 10.10 M.

Obst, Gemüse, Mostobst.

(S. 2.) Stuttgart, 24. Sept. Der Obstgroßmarkt ist gut besetzt, zum kleinsten Teil mit haltbarem Winterobst; schlecht behandeltes Wirtschaftsobst herrscht vor. Für erfrisches Obst lebhaft Nachfrage, letzteres geht nur zögernd ab. In Weintrauben ist der Markt überfüllt, hiesige und Meraner Trauben 5—5.50 M. per Pfund, sind begehrte. Taylor-Trauben von 4 bis 4.50 M. gehen nicht ab. Zwetschgen sind zu Ende. — Der Gemüsemarkt war gut besetzt, die Nachfrage ist zurückgegangen, Tomaten, Bohnen und Endivie fanden nur geringes Interesse und blieben teilweise unverkauft. Die Wachssumverhältnisse haben sich in den letzten Tagen wesentlich verbessert. — Der Mostobstverkehr ist auf dem Wilhelmssplatz wie auf dem Nordbahnhof von kaum nennenswerter Bedeutung; z. Zt. werden 100—110 M. per Ztr. gezahlt. Bis 1. Oktober werden größere Zufuhren in ausländischem Mostobst erwartet; der Preis hiesiger soll unter dem hiesigen bleiben. Die württ. Obsterte wird in diesem Jahr schnell erledigt sein.

(S. 2.) Stuttgart, 24. Sept. Dem Mostobstmarkt am Samstag waren 2500 Ztr. zugeführt, die zu 100—105 M. der Zentner verkauft wurden. Filderkraut kostete 60—65 M. der Zentner.

(S. 2.) Weingarten, 25. Sept. Die Weinlese ist im mittleren Neckartal auf Donnerstag, den 29. ds. festgesetzt. Der Wein ist sehr trocken aufgewachsen, die neuerdings eingetroffenen Regen bringen daher die Traube erst zur vollen Reife. Es ist zu beobachten, daß die Trauben zwar sehr gut, aber noch etwas dickflüssig sind. Das hat seinen Grund in der mangelnden Regenzufuhr. Es ergibt sich daraus von selbst, daß die jetzigen Regen für einen guten Wein voll auszunützen sind. Dies kann nur mit längerem Hängenlassen der Trauben geschehen. Dazu kommt, daß der Wein, der voraussichtlich bei gutem Wetter zur Reife kommt, sehr rasch an der Wülte gähren und deshalb nach wenig Tagen abzulassen sein wird, da er andernfalls in der Gärte nstet. Dies bedingt, daß die Reife des unteren Neckartales in der Zeit der Reife in weiteren Gebieten zu legen ist, zu der die Weinkäufer in die Weingebiete zum Einkauf reifen.

Für die Schriftleitung verantwortlich J. B. B. Rudolph, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

